

Shaffer, E. N.

**Article — Digitized Version**

## Wirtschaftspolitische Argumente bei den Wahlen in Indien

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Shaffer, E. N. (1957) : Wirtschaftspolitische Argumente bei den Wahlen in Indien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 4, pp. 214-218

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132456>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

In ähnlicher Weise vielfältig einsetzbar ist ein anderes Mehrzweckfahrzeug. Gedacht ist es für Industrie und Gewerbe, Kommunalbetriebe in Städten und Gemeinden. Der Geräteträger wurde ursprünglich für die Landwirtschaft entwickelt und hat sich dort bewährt. Man kam auf den Gedanken, das über einen weit ausladenden Rohrrahmen verfügende Fahrzeug durch Schaffung weiterer Anhänger- und Anbaugeräte für weiteren Einsatz nutzbar zu machen. So steht zur Verfügung zum Einbau ein 1200 l Kompressor, ein Drehstrom-Generator, ein Schweißgenerator (wobei Drehstrom und Schweißstrom miteinander kombiniert werden können), eine Kehrmaschine mit Wassersprengvorrichtung, ein Splittstreuer, ein Bordkantenschneidergerät für die Straßenpflege, Ladeschaufel, Planiergerät, Frontlader, Förderband, kombinierte Sitz- und Ladepritsche, die z. B. bei eingehängtem Drehstrom- oder Schweiß-Generator oder beiden die weitere Mitnahme von Werkzeugen und Arbeitskräften erlaubt. Das Fahrzeug kann mit einem 13 PS- oder einem 18 PS-Motor ausgestattet werden (Lanz).

Schließlich sei noch auf ein neu entwickeltes Straßenfahrzeug für den Behälterverkehr hingewiesen, „Huckepacker“ genannt. Hydraulisch gefederte Schwingachsen ermöglichen ein Absenken des Fahrzeuges bis auf den Boden und auch ein Anheben auf jede gewünschte Rampen- oder Wagen-Plattformhöhe, so daß die Behälter stets in horizontaler Lage auf das Fahrzeug übernommen werden können. Die auf dem Fahrzeug angebrachte Drehscheibe ist mit Schienen zur Aufnahme der Behälter ausgerüstet und ermöglicht so eine Beladung von jeder Seite; ebenso lassen sich die Behälter durch Kippen nach beiden Seiten entleeren. Zum Überladen der Behälter ist ein

doppelt wirkender Teleskop-Zylinder eingebaut, der während der Fahrt quer zur Fahrtrichtung eingeschwenkt wird. Das Kippen erfolgt durch einen senkrecht stehenden hydraulischen Zylinder. Das Fahrzeug wird als Zweiachsenanhänger gebaut und kann mit jeder beliebigen Zugmaschine gefahren werden. Soweit die eingesetzten Zugmaschinen nicht mit hydraulischer Druckpumpe zur Betätigung der Übernahmeeinrichtung ausgerüstet sind, wird im Fahrzeug ein Benzin- oder Dieselmotor mit Ölpumpe eingebaut. Der „Huckepacker“ kann auch als Aufsattler gebaut werden. Die Vorderachse wird dann durch einen Aufsattelarm ersetzt, der durch seine Kröpfung ein Ablassen des Fahrzeuges auf den Boden bei vorgespannter Aufsattelzugmaschine ermöglicht. Beide Fahrzeugtypen sind durch Aufsetzen eines normalen Wagenkastens auch für alle sonstigen Transportzwecke als Kastenkipper universell verwendbar (Siegener Eisenbahnbedarf A. G.).

Im Vorstehenden wurden einige Konstruktionen aus dem Transportsektor behandelt, wie sie in Hannover zu sehen sein werden. Diese Konstruktionen, die Beispiele für die nicht abreißende Entwicklungsarbeit unserer Industrie sind, müssen stellvertretend für viele andere, in der Branche auftretenden Erzeugnisse sprechen, die genauso erwähnenswert wären. Die vielen anderen zur Messe vertretenen Branchen warten mit dem gleichen Umfang an konstruktiver Weiterarbeit auf, so daß sich wieder ein Bild gehaltvollster und umfassender Technik darbieten wird. Die deutsche Industrie und auch ausländische Industriewerke zeigen ihr Können und ihre Bereitschaft, durch ausgereifte, leistungsfähige Erzeugnisse den technischen Gesamtapparat, der unser modernes Sein so weitgehend bestimmt, mit vervollkommen zu helfen.

## Wirtschaftspolitische Argumente bei den Wahlen in Indien

E. N. Shaffer, Bombay

Vom 24. Februar bis Ende März hat die Wahl zum Zentralparlament und den Länderparlamenten der Indischen Union angedauert. Die Zahl der Wahlberechtigten kann nicht sicher ermittelt werden: die Regierung rechnet mit 193 Millionen, die Parteien schätzen diese Zahl auf 200 Millionen. Selbst wenn man die offizielle Angabe zugrunde legt und die Wahlbeteiligung mit nur 55% veranschlagt, kommt man auf 106 Mill. Wähler, eine astronomisch anmutende Zahl. Bedeutsam ist, daß alle Wähler freiwillig an der Wahl teilgenommen haben und keineswegs zur Urne kommandiert wurden. Die Durchführung einer solchen Wahl wird noch dadurch erschwert, daß etwa 80% der Wahlberechtigten völlige Analphabeten sind. Der technische Vorgang der Wahlen und ihre Bedeutung als Grundlage eines demokratischen Regierungssystems muß den Wählern durch Aufklärung in Wort und Bild erläutert werden. Das geschieht sowohl in neutraler Form durch die Regierungsgorgane als auch durch die Parteien im Zuge

der Wahlpropaganda. Die reibungslose Durchführung einer solchen Wahl — es ist erst die zweite in der Geschichte Indiens — ist eine erstaunliche Leistung der indischen Verwaltung.

Das wesentliche Ergebnis der Wahlen ist, daß der Kongreß im Zentralparlament wieder eine überragende Mehrheit erhalten hat und damit die Regierung Nehru weitere fünf Jahre am Ruder bleibt.

### Ergebnis der Wahlen zum Zentralparlament

Parteien	Mandate
Kongreß	365
Kommunisten	29
Praja Sozialisten	18
Jana Sangh	4
Splitterparteien und Unabhängige	69
Am 29. 3. noch nicht ermittelt	15
Mandate insgesamt	500

Diese Stabilität ist von wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten aus gesehen ein großer Vorteil für das Land, das vor der gigantischen Aufgabe der Durchführung des zweiten Fünfjahresplanes steht.

## „SOCIALIST PATTERN OF SOCIETY“

Bei den ersten Wahlen im Jahr 1951 war die innerpolitische Lage noch relativ übersichtlich. Der Nationalkongreß, der seit der Unabhängigkeit Indiens die Regierung bildete, konnte sich noch auf die Lorbeeren berufen, die er sich um die Erringung der Freiheit verdient hatte. Wirtschaftspolitisch galt der Kongreß als kapitalistisch orientiert, denn man wußte, daß die großindustriellen Konzerne der Tatas, Birlas u. a. den Kongreß auch schon unter dem britischen Regime finanziell unterstützt hatten. (Wenn Gandhi sich in Bombay oder in Delhi aufhielt, wohnte er in den Häusern der Millionärsfamilie Birla.) Sozialisten und Kommunisten bekämpften den Kongreß aus ihrer antikapitalistischen Einstellung heraus. Die rechtsstehende, orthodoxe Partei der Hindu-Mahasabha spielte ebenso wie eine Reihe von Splitterparteien eine untergeordnete Rolle.

Diese Situation hat sich nun im Verlaufe der vergangenen zwei oder drei Jahre gründlich geändert. Wirtschaftspolitische Argumente spielen heute in der politischen Auseinandersetzung eine viel wichtigere Rolle. Auf seiner Jahrestagung im Januar 1956 verkündete der Kongreß die „sozialistische Ausrichtung der Wirtschaft“ oder (wie es hier zum Schlagwort geworden ist) „The Socialist Pattern of Society“. Damit verloren die Linksparteien den Boden unter den Füßen, und sie versuchten nun, ihren Anhängern und der Öffentlichkeit klar zu machen, daß es dem Kongreß mit seinem propagierten Sozialismus nicht ernst wäre und daß nach wie vor die Kapitalisten eine ausschlaggebende Rolle im Kongreß spielten. Auf seinem diesjährigen Parteitag konnte jedoch der Kongreß darauf hinweisen, daß er tatsächlich eine Reihe von Verstaatlichungen bereits durchgeführt habe: So sind der gesamte Luftverkehr und fast alle Eisenbahnen verstaatlicht worden, die private „Imperial Bank of India“ wurde in die „State Bank of India“ umgewandelt, und alle inländischen und ausländischen Lebensversicherungsgesellschaften wurden in der staatlichen „Life Insurance Corporation of India“ vereinigt.

### DIE LINKSPARTEIEN

Die Sozialisten, die vor der Unabhängigkeit eine Gruppe im Kongreß gebildet hatten, trennten sich 1947 von der Kongreß-Partei und gründeten eine eigene Partei, die Praja Socialist Party (PSP). Nach Verkündung des sozialistischen Wirtschaftsprogramms durch den Kongreß entstand im Lager der Sozialisten Verwirrung. Unter Dr. Ram Manohar Lohia schied ein linker Flügel aus und gründete die Socialist Party (SP). Diese Partei setzt sich gemeinsam mit den Kommunisten für umfassende Verstaatlichungen ein und fordert u. a. die entschädigungslose Übernahme ausländischer Unternehmungen. Auch innerhalb der PSP scheiden sich ideologisch zwei Richtungen. Der eine Flügel unter Ashok Mehta tritt für eine Annäherung an den Kongreß ein, nachdem dieser sich zum Sozialismus bekannt hat, und würde sogar eine Koalition mit diesem in der Zentralregierung begrüßen. Wenn man diese Sektion als den rechten Flügel der PSP ansehen kann, so wird der linke Flügel wesentlich radikaler von J. P. Narayan geführt, der früher, als er

noch eine gemäßigte Richtung vertrat, als möglicher Nachfolger Nehrus angesehen wurde. Er schied vor zwei Jahren aus dem Vorstand der PSP aus, um sich der Bhoodan- oder Landspende-Bewegung des Dr. Acharya Vinoba Bhava anzuschließen. Wie dieser wandert er zu Fuß durch das Land und fordert die Besitzenden auf, den Besitzlosen von ihrem Boden abzugeben, wobei tatsächlich beachtliche Erfolge erzielt werden. Hin und wieder erscheint Narayan aber auf dem politischen Kampfplatz, so auch während des diesjährigen Wahlkampfes. Ein nicht geringes Aufsehen erregte er mit seiner Aufforderung an Nehru, für eine gesunde politische Opposition zu sorgen. Nehru meinte hierzu, daß er wohl die Notwendigkeit einer gut organisierten Opposition einsähe, aber daß man doch nicht gut vom Kongreß verlangen könne, sich selbst eine Opposition zu schaffen. Im Gegensatz zu Ashok Mehta trat er dafür ein, notfalls mit den Kommunisten zusammenzugehen. Auf dem letzten Parteitag der PSP wurde hierüber ausführlich diskutiert, und man kam zu dem Schluß, kein Bündnis mit den Kommunisten schließen zu wollen, aber es den Parteileitungen in den einzelnen Ländern zu überlassen, ob sie hier und dort sich mit den Kommunisten über die Aufstellung von Kandidaten einigen wollten.

Für die Kommunisten selbst ist es peinlich, daß Bulganin und Chruschtschow bei ihrem Aufenthalt in Indien auf allen Kundgebungen den Massen versicherten, wie hoch sie die Erfolge von Nehrus Regierung, besonders auf dem Gebiet der Wirtschaft, einschätzten. Gegenüber den Kommunisten hat der Kongreß noch ein weiteres politisches Argument, das auch heute noch Gültigkeit hat: Als nämlich 1942 auf Gandhis Initiative der Kongreß die „Verlaßt-Indien-Bewegung“ (Quit India Movement) ins Leben rief und deren Führer mit über 40 000 Anhängern in Schutzhaft genommen wurden, setzten sich die Kommunisten für die Unterstützung des britischen Regimes während des Krieges ein, weil auch die Sowjets zu den Alliierten gehörten.

### DIE RECHTSPARTEIEN

Die Rechtsparteien werden durch die Hindu-Mahasabha und die Jana Sangh repräsentiert. Die Hindu-Mahasabha, eine orthodoxe Hindu-Partei, hatte nach der Ermordung Gandhis erheblich an Anhängern verloren, da sein Mörder dieser Partei nahestand. Die Jana Sangh ist von ehemaligen Mitgliedern der Hindu-Mahasabha gegründet worden und behauptet, keine Hindu-Partei zu sein, sondern auch Mohammedaner und Christen zu ihren Mitgliedern zu zählen. Das versicherte mir auch der Präsident der Jana Sangh in Kalkutta, Professor D. T. Gosh. Der alte Herr empfing mich in seinem Studierzimmer, und ich sah auf seinen Bücherregalen Schiller und Shelley, was für einen Mathematiker einigermaßen bemerkenswert ist. In den politischen Schriften, die er mir überreichte, entdeckte ich jedoch eine ausgesprochen anti-mohammedanische Einstellung.

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind diese beiden Rechtsparteien rückschrittlich. Sie proklamieren u. a., daß die Entwicklung der Groß- und Schwerindustrie der Klein- und Heimindustrie unterzuordnen sei.

Allerdings treten sie wie alle Parteien für Nationalisierungen ein, nur nennen sie sie Indianisierung. Sie spielen, wie die Wahl gezeigt hat, eine große Rolle.

#### LÄNDER-REORGANISATION

Nachdem den Linksparteien ihre wirtschaftspolitischen Argumente genommen worden waren, stürzten sie sich auf die Ausbeutung politischer Geschehnisse, um mit dem Mut der Verzweiflung ihre Anhängerschaft zusammenzuhalten. Die Satyagraha-Bewegung für die gewaltlose Befreiung der portugiesischen Kolonien in Indien war ein solches Ereignis; in Bombay kam es in diesem Zusammenhang zu Unruhen, die von den Sozialisten und Kommunisten eifrig geschürt wurden. Die nächste Gelegenheit bot sich bei der Reorganisation der Länder der Indischen Union auf sprachlicher Grundlage, bei der die 27 historischen Staaten der Republik auf 14 reduziert wurden. Die drei von der Regierung mit der Verfassung des Gesetzentwurfs beauftragten Sachverständigen waren davon ausgegangen, daß nicht allein sprachliche, sondern auch wirtschaftliche und strategische Gesichtspunkte berücksichtigt werden müßten. Im Falle des Staates Bombay, in dem die beiden Sprachen Marathi und Gujerati beheimatet sind, wurde vorgesehen, daß aus wirtschaftlichen Gründen ein Zweisprachenstaat geschaffen werden sollte. Bevor der Entwurf dem Zentralparlament zur Verabschiedung unterbreitet wurde, war er den Abgeordnetenhäusern der Länder zur Begutachtung zugeleitet und dort diskutiert worden. Das führte in den beiden benachbarten Staaten Westbengalen und Bihar und auch im Staate Bombay zu Unruhen. In Bombay ist es aber den Oppositionsparteien nicht gelungen, die Konstituierung eines Zweisprachenstaates aufzuhalten. Man kann der Regierungspartei nicht vorwerfen, daß sie vor unpopulären Maßnahmen zurückgeschreckt sei. Das deutet so kurz vor den Wahlen auf einen beachtlichen Grad von politischer Uneigennützigkeit. Im Staate Bombay vereinigten sich alsbald in beiden Sprachgebieten die Gegner der Kongreßpartei von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten. Es gelang ihnen aber nicht, die absolute Mehrheit der Kongreßpartei im Parlament des Staates Bombay zu brechen, wenn sie diese auch erheblich schwächen konnten. Ob im Laufe der nächsten fünf Jahre, wenn die Regierung im Staate Bombay ihre in Angriff genommenen Projekte für Energieerzeugung, Bewässerung usw. erfolgreich durchgeführt haben wird, der Streit um den Zweisprachenstaat allmählich an Schärfe verlieren und ein friedliches Ende nehmen wird, bleibt abzuwarten. Unmittelbar nach den Wahlen haben die Oppositionsparteien der Marathen und der Gujeratis eine Zusammenarbeit beschlossen. Ihr unverändertes Ziel ist die Aufteilung des Staates Bombay in zwei Länder: Maharashtra, das Sprachgebiet der Marathen, mit der Stadt Bombay als Metropole und Gujerat mit dem Textilzentrum Ahmedabad als Hauptstadt.

#### „PROBLEMSTAAT“ KERALA

In Indiens kleinstem Staat, dem an der Südwestküste gelegenen Kerala, ist es den Kommunisten gelungen, mit Hilfe von fünf unabhängigen, von ihnen unterstützten Kandidaten die Mehrheit zu erlangen. Die

Gründe, die zu dieser in Indien glücklicherweise einzig dastehenden Situation geführt haben, sind zum überwiegenden Teil wirtschaftspolitischer Art.

Der Staat Kerala ist durch die Länderreorganisation am 1. November 1956 entstanden und setzt sich aus dem früheren Staat Travancore-Cochin und einigen Distrikten, die vom Staate Madras abgetrennt wurden, zusammen. Damit hat man einen Staat von etwa 12,5 Mill. Einwohnern mit der einheitlichen Sprache Malayalam geschaffen. 1949 waren bereits die beiden Fürstentümer Travancore und Cochin zu einem Staat verschmolzen worden. Travancore-Cochin stellte bereits vor den Wahlen einen Sonderfall dar, weil es das einzige Land Indiens war, das gemäß der Verfassung vom Präsidenten der Union verwaltet wurde, weil seit dem Sturz des letzten Kabinetts im April 1956 keine Partei in der Lage war, ein arbeitsfähiges Minderheitenkabinettt zu bilden, und weil auch keine Koalitionsregierung zustande kam.

Die Entwicklung Keralas, ein Land mit Gebirgen, Palmenwäldern, wasserreichen Flüssen und Lagunen, ist etwas unglücklich verlaufen. Der Staat weist die größte Bevölkerungsdichte in Indien auf, nämlich 700 Einwohner je qkm, er hat den geringsten Anteil an Analphabeten, nämlich nur 45 % gegenüber einem Unionsdurchschnitt von 80 %, leidet aber unter der höchsten Arbeitslosigkeit.

Wer trägt die Schuld an dieser katastrophalen Arbeitslosigkeit? Der Generalmanager eines der wenigen großen Unternehmen, denen es gelang, nach einem längeren, mit Gewalttätigkeiten verbundenen Streik einen Arbeitsfrieden mit den Gewerkschaften zu schließen, gab mir die Antwort, daß der berühmte englische Historiker Lord Macaulay der Schuldige wäre, der 1835 als Gutachter nach Indien geholt worden war. Auf seine Initiative ist ein Erziehungssystem eingeführt worden, das darauf abzielte, Inder in der englischen Sprache soweit heranzubilden, daß sie im Staatsdienst verwendet werden könnten. Ob man nun Macaulay die Schuld aufbürden kann oder nicht, so ist doch Tatsache, daß Kerala in seinen 50 oder mehr Colleges jährlich etwa 20 000 Akademiker ausbildet, von denen nur ein Bruchteil im Verwaltungsdienst oder in privaten Büros Beschäftigung findet. Die weitaus überwiegende Zahl vergrößert das Heer der Arbeitslosen. „Die jungen Leute können Milton und Shakespeare zitieren, halten aber Arbeit an der Maschine für unter ihrer Würde“, meinte der von mir befragte Unternehmer.

Man fragt sich heute, warum die Zentralregierung nicht schon im ersten Fünfjahresplan größere Projekte nach Kerala verlegt hat, wo das große Gefälle der Flüsse billigen elektrischen Strom hätte erzeugen können, und man fragt sich, warum der private Sektor der Wirtschaft nicht seine Betriebe nach Kerala verlegt hat, wo Arbeitskräfte wesentlich billiger als im mittleren und nördlichen Indien sind. Offensichtlich liegt hier ein *circulus vitiosus* vor, weil man fürchtet, daß die kommunistisch orientierten Gewerkschaften Streiks inszenieren. Man weiß aus Erfahrung, daß manche für Kerala vorgesehene Projekte (auch ausländischer Unternehmungen) aus diesen Erwägungen gescheitert sind. Der künftige Minister-

präsident E. M. Sankaran Nampoordiripad hat dem gegenüber einem Interviewer erklärt, daß seine, die kommunistische, Partei die Beteiligung von Privatkapital, einschließlich amerikanischem, zulassen würde, wenn sie unter vernünftigen Bedingungen angeboten würde. Diese Stellungnahme ist deshalb bemerkenswert, weil sich die Kommunisten in ihrem Wahlmanifest für eine entschädigungslose Enteignung der Teeplantagen, die sich zum großen Teil noch in britischem Besitz befinden, ausgesprochen hatten.

Der Führer der Opposition im Zentralparlament, der kommunistische Abgeordnete A. K. Gopalan, der aus Kerala stammt, setzte mir in einer Unterredung vor den Wahlen auseinander, warum dieser Staat so viele Kommunisten aufzuweisen habe: „Die Regierung in Delhi tut nichts für Kerala, weil in ihr keine Sünder zu finden sind. Daher wird dieser Teil des Landes vernachlässigt. Sie verlegt keines der großen Projekte des Fünfjahresplanes in diesen Landesteil, weil die Kommunisten zu stark sind. Im übrigen wird der Wahlkampf in Kerala auf wirtschaftspolitischer Basis ausgefochten werden, weil wir es mit einer wirklich hungernden Wählerschaft zu tun haben, die sich von einer kommunistischen Regierung eine Besserung der Verhältnisse verspricht.“ Ähnliche Ansichten entwickelte der Führer der PSP, der frühere Ministerpräsident Thanu Pillai. Demgegenüber war der Staatssekretär Radiavachary der Meinung, daß im zweiten Fünfjahresplan in Kerala größere Projekte verwirklicht werden würden, möglicherweise auch der Ausbau des Hafens Cochin, und daß die Umsiedlung von Einwohnern Keralas nach anderen Staaten die Arbeitslosigkeit vermindern werde.

Dazu kommt, daß Kerala den höchsten Anteil an Christen, nämlich 3,5 Millionen, aufweist, denn von der Westküste Indiens hat die christliche Mission im 15. Jahrhundert ihren Ausgang genommen. Die bedeutendsten Handelsfirmen sind in Händen christlicher Inder, die früher den Kongreß unterstützt haben. Diesmal hat aber offenbar die Masse der Christen andere Parteien gewählt.

In Kerala zeigt sich ein ausgesprochener politischer Individualismus. Unzufriedene haben ihre Parteien verlassen und Neugründungen ins Leben gerufen. So entstanden aus früheren Kongreß-Mitgliedern die Kerala Volkspartei und aus ehemaligen Anhängern der PSP die Kerala Sozialistische Partei. Auch die Kommunisten weisen zwei abgefallene Splittergruppen auf, die Revolutionär-Sozialistische Partei (Lenin-Anhänger) und die Revolutionär-Kommunistische

Partei (Trotzki-Anhänger). Mit wenigen Ausnahmen haben die Splittergruppen so wenig Stimmen erhalten können, daß ihre Kandidaten die vom Gesetz vorgeschriebene Kautionssumme verloren haben.

#### „PROBLEMSTAAT“ WESTBENGAL

Die Rekordzahl an Parteien weist der Staat Westbengal mit seiner Hauptstadt Kalkutta auf. Es gibt dort nicht weniger als 21 Parteien. Westbengal ist teilweise hochindustrialisiert, wir finden hier Jute-, Eisen- und Stahlindustrie. Im Distrikt von Durgapur ist Bengalens „Ruhrgebiet“ im Entstehen. Im Norden, in den Vorbergen des Himalaya, liegen ausgedehnte Teeplantagen mit Darjeeling als Zentrum. Mit der Teilung der britisch-indischen Provinz Bengalen im Jahr 1947, wodurch Westbengal und Ostpakistan entstanden, mußte Westbengal 4 Mill. Flüchtlinge aus Ostpakistan aufnehmen. Daraus ergab sich eine große Arbeitslosigkeit, die dadurch verschärft wurde, daß sich die Juteanbaugebiete in Ostpakistan, die Spinnereien und Webereien aber in Westbengal befanden. Unmittelbar nach der Teilung errichtete man deshalb in Ostpakistan Spinnereien und Webereien, während man in Westbengal Jute anzubauen versuchte. Erst später, als über diesen langwierigen Prozeß die wirtschaftliche Vernunft siegte, wurde die Ausfuhr von Jute von Ostpakistan nach Westbengal wieder aufgenommen. Größere mit Flüchtlingen besiedelte Territorien wurden schließlich in den vergangenen Jahren auch durch Überschwemmungen heimgesucht. Westbengals genialer Ministerpräsident, der 75jährige Arzt Dr. B. C. Roy, der gleichzeitig auch Innenminister und Finanzminister ist, hält das Steuer der Kongreßregierung fest in der Hand. Um so größer waren die Anstrengungen der Opposition im Wahlkampf. Die Rechtsparteien haben sich sogar mit einer kommunistischen Splittergruppe zusammengeschlossen, die von einem Enkel des Dichters Rabindranath Tagore geführt wird. Unter den linken Oppositionsparteien findet man neben den Kommunisten und den Sozialisten zwei Splittergruppen des sogenannten „Forward Bloc“. Diese Partei war von Subash Bose nach seinem Ausscheiden aus dem Kongreß gegründet worden. Als er während des Krieges aus Indien geflohen war, um auf deutscher und japanischer Seite eine indische Nationalarmee ins Leben zu rufen, spaltete sich der „Vorwärts-Block“ in eine Subash-Gruppe und eine marxistische Gruppe. Außer diesen geschlosseneren Gruppen gibt es noch eine losere Koalition von Linksparteien, die sich aus vielen sehr kleinen Splittergruppen zusammensetzt.



## Hanseatischer Afrika Dienst

*Gemeinschaftsdienst der Reedereien*

H. M. GEHRCKENS HAMBURG

FRANZ L. NIMTZ HAMBURG

*Regelmäßige Fracht- und Passage-Gelegenheit*

**VON HAMBURG / BREMEN NACH WESTAFRIKA**

Kurz vor den Wahlen habe ich die Führer der größeren Parteien in Kalkutta interviewt und dabei gefragt, aus welchem Grund es in Bengalen so viel mehr Parteien gäbe als in den anderen indischen Staaten. Die von links bis rechts beinahe einstimmige Antwort war, daß der Individualismus der Bengalen darin zum Ausdruck komme, der auch in den bildenden Künsten und in der Bengali-Literatur festzustellen sei.

Bengalen ist seit je politisch ein gefährlicher Boden. Hier war zu Zeiten des britischen Regimes eine Terroristenbewegung entstanden, die Gandhi sehr viel zu schaffen machte. Vor Jahren schon hatten die vereinigten Linksparteien in Kalkutta einen Generalstreik inszeniert, als der Fahrpreis der Straßenbahn um den 64. Teil einer Rupie erhöht werden sollte. Auch der Streik der Arbeiter auf den Teeplantagen war von den Linksparteien organisiert worden.

Ministerpräsident Roy und der Präsident der Kongreßpartei von Bengalen, A. Gosh, wiesen mir gegenüber darauf hin, daß der Kongreß bedeutende Erfolge aufzuweisen habe: Das Land sei von der Malaria befreit worden, 21 000 Volksschulen und 300 Dorfkrankenhäuser seien gebaut worden, das Landstraßennetz sei bedeutend erweitert worden, und allein im vergangenen Jahr seien 350 000 Flüchtlinge aus Ostpakistan angesiedelt worden. Das Wahlergebnis hat den Erwartungen der Kongreß-Partei insofern entsprochen, als der Kongreß wiederum die absolute Mehrheit gewann, wenn er auch nicht mehr die gleiche Zahl von Sitzen wie bisher erhielt.

#### AUSBLICK

Neben Kerala war Orissa der einzige Staat, in dem die Kongreßpartei keine absolute Mehrheit erhielt, weil dort neben der Linksoption auch eine starke

Rechtsgruppe unter Führung ehemaliger (entschädigter) Großgrundbesitzer viele Stimmen gewann. Bei Abfassung dieses Berichtes ist noch nicht abzusehen, wie in Orissa eine arbeitsfähige Regierung zustande kommen soll.

Bei den Wahlen für die Abgeordneten Häuser der Länder haben zum Teil rein lokale Fragen eine Rolle gespielt. Im ganzen ist die Bilanz für den Kongreß aber recht günstig. Sieht man von Himachal Pradesh ab, wo die Wahl noch nicht abgeschlossen ist, hat der Kongreß in 11 von 13 Staaten die absolute Mehrheit gewonnen und wird wahrscheinlich auch in Orissa an der Regierung mindestens beteiligt sein. Selbst in Kerala hat der Kongreß mehr Stimmen erhalten als die Kommunisten, nur sind durch das Wahlsystem zu viele verloren gegangen.

Die politische Stabilität, die also aus dem Wahlergebnis abgelesen werden kann, ist für Indien außerordentlich wichtig, da es bei seinem Entwicklungsprogramm auf ausländische Hilfe und Kreditgewährung angewiesen ist. Das Wahlergebnis gibt keinen Anlaß, bei der internationalen Kreditgewährung an Indien einen vorsichtigeren Kurs als bisher einzuschlagen. Im Gegenteil: für die Bundesrepublik, der man in Indien viel Wohlwollen entgegenbringt, würden sich die Chancen der Mitarbeit und Belieferung der großen Industrialisierungsprojekte, besonders im dritten Fünfjahresplan, wesentlich vergrößern, wenn man sich zu einer großzügigeren Gewährung von Krediten entschliesse oder wenn man sich mehr als bisher zur Beteiligung an indischen Unternehmen entschließen könnte. Indiens prekäre Devisensituation ist eine notwendige Folge des raschen Industrieaufbaus, und es kann deshalb nur der zum Zuge kommen, der langfristige Kredite gewähren kann.

## Die französische Gummiwarenindustrie

Alfred Frisch, Paris

Frankreichs Gummiwarenindustrie besteht aus zwei, sich teilweise überschneidenden Gruppen mit sehr verschiedenartiger Struktur: den Herstellern von Kraftfahrzeugreifen und den Produzenten technischer Gummiwaren im weitesten Sinne. Während die Reifenindustrie stark konzentriert ist, besteht die zweite Gruppe aus nicht weniger als 300, vorwiegend mittleren und kleineren Unternehmen.

#### STRUKTUR

An der Spitze der Reifenhersteller steht der „Michelin“-Konzern mit zahlreichen internationalen Tochtergesellschaften, u. a. in Deutschland, Italien, Großbritannien und Kanada. Ihm gehören außerdem 67% der Aktien der Automobilfabrik „Citroën“. „Michelin“, das zu den internationalen Pionieren zählt, war das erste französische Unternehmen, das Kraftfahrzeugreifen herstellte. Die Gesellschaft arbeitet unverändert als Familienbetrieb, sie hat ihren Mittelpunkt in Clermont-Ferrand und gilt finanziell als eines der solidesten Unternehmen des ganzen Landes.

An zweiter Stelle in der Reifenproduktion folgt mit erheblichem Abstand die französische „Dunlop“-Filiale, deren Fabrik in Montluçon durch die Kriegereignisse weitgehend zerstört, inzwischen aber modern wieder aufgebaut wurde. Weiter zu nennen sind, wiederum mit einigem Abstand, „Kleber-Colombes“, ein französisch-amerikanisches Unternehmen, „Englebert“, eine Firma, die auch auf dem deutschen Markt eine gewisse Rolle spielt, und schließlich „Bergougnan“, ein weiterer Familienbetrieb im Bezirk von Clermont-Ferrand. Diese kleineren Unternehmen sind teilweise auch auf dem Sektor der technischen Gummiwaren (worunter man in Frankreich alle anderen Gummierzeugnisse außer Reifen und Schläuchen versteht) führend, denn sonst wären sie gegenüber den beiden Großunternehmen, die den Markt beherrschen, kaum konkurrenzfähig. Als maßgebendes Unternehmen für die Herstellung technischer Gummiwaren ist „Hutchinson“, ebenfalls mit internationalen Verzweigungen, zu nennen, die Konzentration erreicht hier